



Tabea Rößner

Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Institut befürchtet Mehrkosten für Hochmoselübergang

MdB Tabea Rößner fordert Erklärung von Bundesbauminister Ramsauer

Berlin, 19.12.2011
Bezug: geologische Risiken
Hochmoselübergang
Anlagen: Brief an Herrn BM Ramsauer

Tabea Rößner, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-71697
Fax: +49 30 227-76296
tabea.roessner@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Walpodenstr. 5
55116 Mainz
Telefon: +49 6131-6294830
Fax: +49 6131-231849
tabea.roessner@wk.bundestag.de

Die rheinland-pfälzische Bundestagsabgeordnete Tabea Rößner wendet sich mit einem offenen Brief an Bundesbauminister Ramsauer, da eine Stellungnahme des Instituts 'geo international, Dr. Johannes Feuerbach GmbH' die Grundlagen der Planung und der Ausschreibung des Hochmoselübergangs als unzureichend bewerten und Kostensteigerungen zu erwarten sind.

Die Fachleute des Instituts geo-international stellen fest, dass die schwierigen geologischen Verhältnisse in den Untersuchungen zum Bau des Hochmoselübergangs nicht ausreichend berücksichtigt wurden. Nach der Stellungnahme reichen die Erkundungsbohrungen am Ürziger Hang nicht bis in den standfesten Untergrund. Das Institut stellt fest, dass die Rutschgefährdung des Graacher Hanges nicht ausreichend untersucht worden ist. Geo-international ist ein äußerst angesehenes Institut und Auftragnehmer u. a. der öffentlichen Hand und der Deutschen Bahn. Institutsgründer Prof. Dr. Krauter sagte mit einer Trefferquote von 90 % alle größeren Hangrutschungen in Rheinland-Pfalz voraus. Die Bürgerinitiative Pro Mosel beauftragte das Institut für die Stellungnahme.

Rößner erklärt: „Das sind keine Spitzfindigkeiten von Experten, sondern es offenbaren sich planerische Mängel, die zwei zentrale öffentliche Interessen berühren: die Sicherheit und die Kostenwahrheit. Die Anpassung der Bauausführung an die schwierigen geologischen Verhältnisse wird voraussichtlich zu erheblichen Mehrkosten führen.“

Die Bundestagsabgeordnete fordert Ramsauer auf, Stellung zu den Aussagen des Instituts zu nehmen und die voraussichtlichen Mehrkosten und das damit zusammenhängende Nutzen-Kosten-Verhältnis neu zu bewerten. Die neueste Geschäftsaussicht des Flughafens Hahn, dem wohl spätestens in vier Jahren wegen hoher Verbindlichkeiten die Insolvenz droht, stellt ebenso wie die Kostenerhöhung den Sinn des Bauprojektes in Frage. Brisanz birgt die Frage, ob der Bund oder das Land eventuelle Mehrkosten übernimmt.